

Das Zweite: Es ist nicht nur ein gesellschaftlicher Prozeß. Ich glaube, es ist immer wieder auch ein individueller Prozeß an all den Stellen, an denen Einzelgeschichten deutlich wurden, auch aus dem Bereich der Volksbildung, ein individueller Prozeß, der nicht zeitlich begrenzt ist, sondern ein permanenter Prozeß ist. Den haben Menschen schon vor uns getätigt, als es die DDR noch gar nicht gab, und ich bin ganz sicher, das werden die Menschen auch noch tun, zumindest wenn sie klug sind, wenn es uns, die wir jetzt in diesem Raum sind, nicht mehr gibt. Aber bis dahin ist ja noch ein bißchen Zeit. Ich wünsche Ihnen alles Gute, kommen Sie gut nach Hause, einen guten Sommer und gute Erfolge beim weiteren Aufarbeiten. Auf Wiedersehen.

Ende der Sitzung: 16.32 Uhr

Anhang

Diskussionsbeiträge der öffentlichen Diskussion während der Sitzungsunterbrechung von 12.16 – 12.39 Uhr.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Tom Sello ist mir bekannt, Du hast das Wort.

Tom Sello: Ich habe weniger Fragen als vielmehr ein paar Antworten auf die gestellten Fragen und vielleicht auch noch ein paar Anmerkungen zu Sachen, die meiner Meinung nach ein bißchen zu kurz gekommen sind.

Mein Name ist Tom Sello und ich arbeite im Matthias-Domaschk-Archiv in Berlin. Wir tragen seit Beginn der Wende Oppositionsmaterial zusammen. Material, das in kirchlichen Räumen entstanden ist, von Privatpersonen, Material über Widerstand, über widerständiges Verhalten und über die politischen Ideen von Leuten, die Auskunft darüber geben, warum sie das getan haben. Ich fange mit dem an, was es für heute bedeutet. Warum macht man das überhaupt? Wieso beschäftigt man sich mit dem alten Kram? Warum trägt man diese Schnipsel zusammen? Warum beschäftigt man sich mit Geschichte? Was hat es für eine Bedeutung? Geht es nur um die Geschichte? Das ist natürlich nicht so, sondern es hat nur einen Sinn, wenn es etwas mit der Gegenwart zu tun hat. Und genau darum geht es uns. Widerständiges Verhalten, Zivilcourage – das war in der DDR kein Massenphänomen, und das ist es auch jetzt nicht. Das kann man in vielen Bereichen sehen. Das kann man auf der Arbeit sehen, das kann man in der U-Bahn sehen, in der S-Bahn, das kann man überall wiederfinden. Und das Material, das wir zusammentragen, zeigt, wie Leute als Einzelperson Zivilcourage gezeigt haben. Und das ist auch genau der Grund, warum das wichtig ist für heute, warum das unsere Gesellschaft voranbringen kann. Und wenn Jugendliche zu uns kommen, dann finden sie genau solche Zeugnisse. Unser Anliegen ist es, das weiterzuvermitteln. Das ist vielleicht auch schon eine Antwort auf die Frage, die hier gestellt wurde, warum das gemacht wird. Wie kommen wir nun zu diesen Materialien? Kann das ein Landesarchiv, eine Bibliothek übernehmen? Es gibt ja genug. Es gibt große Ein-

richtungen, die haben auch einen großen Haushalt. Unsere Erfahrung ist, daß die das nicht können. Ich kann Ihnen sagen: Mit jeder Person, von der wir Material bekommen, haben wir einen monatelangen Kampf, weil die Leute mit dem Herzen daranhängen. Das ist nicht irgendetwas, was mal geschrieben wurde – und ohne das abzuwerten –, es ist nicht mal so zu sehen wie irgendein Vortrag oder ein Buch, das jemand schreibt zu einem Thema, sondern da hängt Herzblut dran. Es ist sehr schwierig, daß uns diese Leute die Materialien zur Verfügung stellen. Dazu muß Vertrauen aufgebaut werden. Da müssen stundenlange Gespräche geführt werden. Damit hängt eine persönliche Geschichte zusammen, und die Leute, die uns ihre persönliche Geschichte erzählen, erwarten Betroffenheit. Jetzt sage ich Ihnen – es mag ein bißchen überheblich klingen, ist es aber überhaupt nicht –, man kann nicht jeden Tag betroffen sein. Also wenn jemand kommt und erzählt uns seine tragische Geschichte, die mit diesem Material zusammenhängt, dann erwartet er von uns eine Betroffenheit und das ist manchmal sehr schwierig. Es dauert Monate, manchmal sagen die Leute: „Na ja gut, gebe ich euch diese zwei Seiten“, ein halbes Jahr später kommen sie und sagen, es soll ja raus, damit andere auch damit arbeiten, und so nach und nach stellen wir daraus einen Fundus zusammen. Dieser Fundus ist inzwischen sehr groß geworden, er umfaßt in den 80er Jahren fast vollständig das, was die Gruppen hergestellt, produziert haben, Zeugnisse über ihre Aktionen, und er geht, das muß ich auch sagen, weit über das hinaus, was wir uns am Anfang vorgestellt haben. Unsere Situation ist die, daß diese Materialien, die also nirgendwo in diesem Umfang in einer großen Bibliothek, einem großen Archiv gesammelt werden können, wieder im Keller verschwinden – genau am Jahresende. Wir haben keine Mittel mehr, keine Mittel für Stammpersonal mit Erfahrung, das sich mit der Problematik auskennt, wir haben keine finanziellen Mittel mehr für Miete, wir haben keine Mittel mehr um diese Materialien zu erhalten, das ist nämlich Papier, das mit der Zeit zerfällt, wo die Schrift nicht mehr zu erkennen ist. Wir haben keine Möglichkeiten, das auf Mikrofilm zu sichern usw. Ich sehe, ich muß zum Ende kommen. Es gibt noch ein paar andere Sachen, die kann ich auch gerne den Leuten, wenn sie wollen, genauer beantworten. Ich bitte nur noch um eins: Wir haben hier ein Papier für diese Veranstaltung zusammengestellt. Wir hatten nicht die Möglichkeit zu sprechen, aber ich bitte, daß dieses Papier und unsere Erklärung als Teil der Sitzung mit aufgenommen werden. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Das Papier wird den Mitgliedern der Enquete-Kommission zur Verfügung gestellt. Ich hatte eingangs keine Zeitbegrenzung gemacht – so etwas finde ich bei einer Publikumsdiskussion auch ein bißchen problematisch –, aber ich werde nach spätestens drei Minuten deutliche Zeichen geben und nach etwas mehr Zeit mich dann auch einschalten. Es ist die Frage, ob es uns gelingt, daß noch einige zu Wort kommen. Der nächste, der sich gemeldet hat, ist Herr Hussock von HELP, die auch hier im Hause residieren und arbeiten.

Peter Alexander Hussock: Ich bin von der Hilfsorganisation HELP. Gestern und vorgestern hat an der Ruhr-Universität Bochum eine Veranstaltung statt-

gefunden, an der auch HELP teilgenommen hat, mit dem Titel „Opfer der SED-Diktatur – Ohnmacht und Protest“. Dürfen wir von der Enquete-Kommission erwarten, daß sie irgendwann eine Veranstaltung mit dem ähnlichen oder demselben Titel in Berlin stattfinden läßt? Ich muß einen kleinen Vorfall schildern: HELP macht einmal im Monat, natürlich auch nur einmal wegen personeller Knappheit, Kontaktnachmittage. Entweder mit Haftopfern, Psychiatrieopfern oder Berufsverbotsopfern. Auf einem der letzten Kontaktnachmittage ist zum ersten Mal der Ruf nach Vergeltung und Rache laut geworden. Man müßte das sogar konkretisieren, es wurde sogar von Liquidierung gesprochen. Einer verlangte, daß wir jetzt aufhören sollten uns auf Justiz und Politiker zu verlassen, wir sollten Stasi und SED liquidieren. Alle vierzehn, die da rumsaßen, nickten und wir hatten natürlich zu tun, die Wogen zu glätten. Können Sie sich aber vorstellen, wenn die Organisation die Gelder für solche Kontaktnachmittage zur Betreuung nicht mehr haben und diese Menschen sich irgendwo privat oder außerhalb der Organisation mit den selben Forderungen treffen, was dann demnächst ins Haus steht? Dabei lasse ich es.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Die nächste, die sich gemeldet hat, ist Frau Dr. Oleschinski vom Dokumentations- und Informationszentrum Torgau.

Dr. Brigitte Oleschinski: Das Dokumentations- und Informationszentrum Torgau ist bei den Anhörungen in Leipzig und in Sachsenhausen bereits dabei gewesen. Dort habe ich schon genügend Ausführungen zur Frage der Geldbeschaffung und der Institutionalisierung gemacht. Nur ganz kurz: Das Dokumentations- und Informationszentrum Torgau ist heute eine staatlich geförderte Gedenkstätte des Freistaates Sachsen unter dem Dach der „Stiftung Sächsische Gedenkstätten für die Opfer politischer Gewaltherrschaft“ und hat die üblichen Probleme einer Gedenkstätte für die Verfolgungsperioden vor und nach 1945. Der Träger ist weiterhin der Förderverein DIZ Torgau. Der Punkt, auf den ich heute hier noch einmal ausdrücklich zu sprechen kommen möchte, ist eine bestimmte Betroffenengruppe, die eigentlich aus allen Diskussionen bisher immer wieder herausgefallen ist. Das sind die Jugendlichen aus dem ehemaligen geschlossenen Jugendwerkhof in Torgau. Wir haben heute hier – das können Sie draußen im Foyer sehen – die Ausstellung „Auf Biegen und Brechen“ mitgebracht, die einen ganz kurzen Überblick darüber vermittelt, was der geschlossene Jugendwerkhof in Torgau gewesen ist. Das Problem, auf das ich heute noch einmal aufmerksam machen möchte, ist folgendes: Wir haben es bei diesen ehemaligen Insassen des geschlossenen Jugendwerkhofs mit der eigentlich jüngsten Betroffenengruppe zu tun, die merkwürdigerweise am wenigsten mit behördlichem Verständnis rechnen kann. Das zeigt sich in einigen Entscheidungen von Reha-Behörden, die, obwohl es ein entsprechendes Urteil gibt, die Jugendlichen als nicht rehabilitierungsfähig nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz betrachten. Diese Frage muß unbedingt noch einmal auf den Tisch! Es geht einfach nicht, daß dieses Problem den einzelnen Jugendlichen, die dazu Rechtsbeistand in höchst unterschiedlicher Qualität erfahren, überlassen wird. Ich denke, da wäre eine Institution wie die Enquete-Kommission durchaus gefordert. Was wir als eine Gedenkstätte, als Doku-

mentations- und Informationszentrum dazu anbieten können, ist natürlich der Hinweis, daß solche Institutionen wie wir z. B. in der Lage sind, Gutachten zu erstellen für solche Fälle. Die wiederum müssen aber von den Gerichten überhaupt zugelassen werden. Das wäre so eine Forderung, die ich in den Raum stellen möchte, daß der Sachverstand der einzelnen Dokumentations- und Informationszentren, der Gedenkstätten und der Aufarbeitungsinitiativen auch für die Rehabilitierungsverfahren wirklich genutzt wird. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Als nächste Frau Hildegard Wetzel vom Forum für Aufklärung und Erneuerung in Halle.

Hildegard Wetzel: Das Forum arbeitet nicht nur in Halle, sondern überregional. Kurze Reflexion zu dem bisher Gesagten: Daß die Gruppen und Verbände eine historisch wichtige Arbeit leisten, halte ich nicht für eine These, sondern schlicht für eine Tatsache. Das andere, was für mich wichtig ist, ist die Tribunalidee, die das Forum verfolgt. Es sollte sich auf die Aufarbeitung nicht nur der DDR-Ideologie, sondern auch des Faschismus und anderer Ideologien in anderen Ländern beziehen. Es sollte eine grundsätzliche Aufarbeitung von Verhaltensweisen unter verschiedenen Bedingungen sein, und wir halten es für wichtig, dafür Unterstützung zu bekommen. Das weitere im Forum ist die Arbeit über Wirtschaftskriminalität, die faktische Unterstützung braucht, und da bitten wir auch um einen Ansprechpartner in der Enquete-Kommission, daß Herr Dobrinsky, der sich damit beschäftigt, dort jemanden hat, den er um bestimmte Dinge bitten kann. Zu meiner Arbeit: Ich leite die Arbeitsgruppe Pädagogik der DDR, also Aufarbeitung der Ideologie in den Schulen. Das Motto hat sich nach der zweiten Konferenz, die wir durchgeführt haben, in „Gesamtdeutscher Bildungsdialog“ gewandelt, weil wir merkten, daß die Vereinigungsproblematik auch in den Schulen wichtig ist. Der Weg in eine Zukunft wurde dort eingefordert von den Leuten, die kamen. Es kamen aber nicht viele. Die Frage nach der Popularität unserer Ideen und unserer Aufarbeitungsbeschäftigung dokumentiert sich nicht durch die hier Anwesenden, sondern durch die Leute, die in die öffentlichen Veranstaltungen gehen. Und das sind relativ wenige. Das heißt, in der Öffentlichkeit haben wir eigentlich keine Lobby. Das erscheint mir ganz wichtig zu sagen, denn es ist mir mehrfach passiert, daß Journalisten mich gerade bei Erneuerungsgesprächen als Dissidentin bezeichneten und mir sagten: „Sie wissen überhaupt nicht, wie schwarz wir sind.“ Die Frage nach Zukunft ist hier ungeheuer wichtig. Ich möchte das anmahnen, weil wir nicht die Jugendlichen für das Leistungssystem, in dem wir uns befinden, erziehen sollten, sondern für einen Gedanken darüber hinaus. Ich bitte deshalb auch um Unterstützung ideeller Art. Das andere ist: Was machen wir mit dem Material, das wir erstellt haben? Es liegen bei mir zuhause sehr viele Kassetten mit den Aufnahmen dieser Konferenzen. Ich kann sie nicht umsetzen, weil meine Kraft dazu nicht ausreicht. Auch die anderen Gruppenmitglieder arbeiten intern irgendwo anders. Wir haben das Geld nicht, um das vielleicht abschreiben zu lassen, oder es sitzen irgendwo Leute, die das tun könnten und wir wissen es nicht. Darüber ein Gespräch zu führen wäre vielleicht auch interessant. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Jetzt habe ich nur noch eine Wortmeldung vorliegen – ich höre gerade eine zweite ist dazugekommen. Das ist Karl Bohley.

Karl Bohley: Mein Adressat ist die Enquete-Kommission. Ich habe eine Bitte, die in eine Forderung ausarten kann. Ich möchte, daß alle die Akteneinsicht bekommen, die Materialien, die Band F (phon) von der Gauck-Behörde erstellt haben, kostenfrei zur Verfügung bekommen. Ich habe mittlerweile einen Kostensatz von ca. 200 DM, wenn man sich das alles kauft.

Zu Herrn Poppe habe ich eine Anmerkung, die mir sehr wichtig erscheint. Wir dürfen und sollten nicht nach irgendwelchen Haushaltstiteln fragen, sondern sollten nach dem Grad der Selbstausbeutung fragen. Wie soll sich die Zukunft gestalten, wenn die Leute sich selbst aufreiben, die an der eigenen Geschichte arbeiten?

Zu Dr. Elm habe ich zu bemerken, daß von den zitierten 2 Millionen gewesenen SED-Mitgliedern heute wahrscheinlich 98 % vergessen haben, daß sie einen Schutz und Schild hatten. Ich möchte daran erinnern, daß die Leute doch bitte heute hier in dieser Demokratie ankommen und sich nicht dahinter verstecken, daß sie irgendwann mal andere Ideen hatten, sondern es ist eine riesenhafte Aufgabe, auch an die Enquete-Kommission gerichtet, um Gottes Willen demokratische Strukturen erstmal in den eigenen Verbänden und Parteien zu schaffen, keine Kungelei. Alles, was geheim passiert ist, ist undemokratisch aus meiner Sicht, auch alles, was unter den Tischen passiert. Ich denke auch an eine Schlichtungskommission wie bei meinen Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen, das ist für mich sowas von Kungelei, daß ich denke, wir müßten wirklich das Wort Demokratie langsam mal ernstnehmen, wenn wir zu einem Ausgleich kommen wollen, wenn es gelingen soll, daß zwei Komma und wieviel Millionen gewesene SED-Mitglieder sich endlich daran erinnern, daß sie wegen dieses Schutzes und Schildes mit ihrer langjährigen Kandidatur in diese Kannibalenpartei mit den zwei abgehackten Händen reingegangen sind.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Jetzt noch Reinhard Dobrinsky aus Berlin, Forum zur Aufklärung und Erneuerung.

Reinhard Dobrinsky: Verehrte Damen und Herren, für mich war auch diese Bemerkung bezüglich der 2,3 Millionen SED-Mitglieder Anlaß zu dieser Wortmeldung. Wo sind sie? Sie sind allgegenwärtig, sie firmieren unter PDS, soweit sie – wie sagt man – eine neue Partei als ihre Heimat offen zu erkennen geben. Auf der anderen Seite sind sie aber in einer Situation, die sich wesentlich unterscheidet von den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen. Dazu gehört auch das Forum zur Aufklärung und Erneuerung, dem ich angehöre, das den Tribunalgedanken verfolgt, bis zur Stunde aufrechterhält, aber auch von der Gefahr des Finanziellen ausgeblutet zu werden, massiv bedroht ist. Sie, verehrte Damen und Herren der Enquete-Kommission, hatten in ihrer ursprünglichen Arbeit, nämlich in der ersten Phase, sich selbst die Aufgabe auf-

erlegt, die Milliarden der SED und der Blockparteien auch den Aufarbeitungsinitiativen zugänglich zu machen. Wenn Sie in Ihre eigenen Protokolle schauen – und darum würde ich heute nachdrücklich bitten –, werden Sie sehen, daß genau dieses nicht passiert ist. Das Geld ist in die Treuhandanstalt bzw. die Nachfolgereinrichtung BVS marschiert und eine Verwaltungsvereinbarung – Sie alle wissen davon, keine der Parteien, die hier am Tisch sind, die PDS ausgenommen, hat im Schriftwechsel mit uns erklärt, wie sehr diese Verwaltungsvereinbarung daran hindert, Geld an die Opferverbände und an die Aufarbeitungsinitiativen weiterzureichen. Ich glaube, es ist auch keine Antwort auf die Stiftung zu erwarten, denn wir alle wissen, daß ein solcher Gesetzgebungsakt Jahre dauern wird. Aber die Finanznot ist jetzt da!

Um auf die 2,3 Millionen zurückzukommen: Das Finanzmonopol für diese Verbände, die sich mit der DDR-Vergangenheit beschäftigen, liegt bei der SED/PDS. Es ist dort eine ungebrochene Medienherrschaft. Das „Neue Deutschland“ – damit meine ich die Zeitung – gehört natürlich der PDS. Die elektronischen Medien vom Mitteldeutschen Rundfunk und vom ORB sind nach wie vor ganz entscheidend in der Hand derer, die auch bis 1989 Medienpolitik gemacht haben. Und wenn immer wieder gefragt wird nach dem Interesse der Medien an der Aufarbeitung, wenn dieses Interesse nicht vorhanden ist, dann deswegen, weil diese Leute ihre eigene Vergangenheit nicht vorgehalten bekommen wollen von Menschen, die plötzlich die Welt anders sehen. Meine Bitte ist, die 3 Milliarden zugänglich zu machen, bevor eine Stiftungsgründung gesetzlich verabschiedet werden sollte, die ja immer wieder mit drei Fragezeichen versehen wird. Außerdem ist festzustellen, ob die BVS eine Projektförderung betreibt und damit Finanztöpfe verfügbar macht für Aufarbeitung, die aus ganz anderer Richtung getragen sind. Danke schön.

Abdruck der Diskussionsbeiträge der öffentlichen Diskussion während der Sitzungsunterbrechung von 16.00 – 16.28 Uhr:

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Mir liegen bisher drei Wortmeldungen aus dem Saal vor. Ich denke, es ist sehr wichtig, daß wir miteinander ins Gespräch kommen, um uns über die Vielfalt der angesprochenen Themen hier noch vertiefend austauschen zu können. Der Aufarbeitungsprozeß – wie soll er aussehen? Welche Zeiträume soll er umfassen? Die Frage der Stiftungsgründung wurde mehrfach genannt. Aber das sollten letztlich die Wortbeiträge selbst bestimmen. Als erstes rufe ich Hildegard Wetzel auf.

Hildegard Wetzel: Ich hatte heute früh wenig Zeit, und es ist mir eigentlich ein ganz großes Anliegen, auf die Belange der Jugend hinzuweisen, die tatsächlich im wahrsten Sinne des Wortes keine Zukunft sieht und deshalb extrem reagiert. Ich glaube, es ist sehr nötig, daß wir gerade der heranwachsenden Jugend und auch den Jugendlichen, die aus dem Schulbereich heraus sind, eine gesellschaftliche Orientierung anbieten und vor allen Dingen uns überlegen, was bieten wir als Zielsetzung für das Leben dieser Jugendlichen an. Ich weiß nicht, ob das interessant ist. Es ist einfach so, wenn ich Hartmut von Hentig höre, der sagt, Jugend sollte für das Leben erzogen werden und ich se-

he, was in der Schule geschieht, dann ist da ein sehr großes Defizit. Das ist es, was ich heute früh eigentlich auch sagte, man sollte nicht für die Leistungsgesellschaft erziehen, sondern man sollte für die Dinge erziehen, die vielleicht über die Marktwirtschaft oder über die jetzige Situation, um mit niemandem anzuecken, über diese gegenwärtig brisante Situation hinausführen. Die sollte man versuchen durchzusetzen, und ich sagte auch, ich bin mehrfach von der Presse als Dissidentin bezeichnet worden für diese Art zu diskutieren. Da setzt mein Problem ein mit dem Angriff auf Herrn Stauss wegen des Verfassungsschutzes. Ich möchte nochmal deutlich machen: Auch ich sehe es mit sehr viel Mißtrauen – können Sie bitte das mal den beiden Herren, die es besonders interessiert und die vielleicht auch besonders ... Sie hatten sich gegen Herrn Stauss geäußert, weil er angeblich einen Angriff auf das Verfassungsschutzgesetz, auf den Lauschangriff, von sich gegeben hat. Ich möchte das einfach insofern relativieren: Ich kenne die Situation aus der DDR, Angst zu haben, daß eines Abends zwei Herren vor der Tür stehen, die bestimmte Fragen haben. Und aus dem Kontext heraus, den ich eben erzählte, habe ich das Gefühl, daß es mir wieder passieren könnte, daß es einfach mißverstanden wird, denn wie man selbst verstanden wird, wenn man etwas aussagt, das haben wir in der DDR erlebt. Eine solche Regelung kann immer gedehnt und legitimiert werden. Wer kontrolliert das letztendlich so, daß es klar ist? Wichtig ist für mich noch zu sagen, wir brauchen dringend die Aufarbeitung auch des Westens, weil wir in dem gesamtdeutschen Bildungsdialog merken, daß der Westen sich als Maßstab für die Dinge der DDR sieht, und dem kann ich nicht zustimmen. Es gibt auch dort eine bestimmte Prägung von Verhaltensweisen, die ist sicher anders als unsere sind, aber man muß darüber reden. Wenn wir gemeinsam weiterwollen, müssen wir uns über unsere gegenseitigen Verhaltensweisen und Prägungen schon unterhalten. Ich möchte dazu ein Beispiel sagen, das vielleicht deutlich macht, wo meine Sorge liegt. In einem Zug zwischen Prag und Berlin fuhren drei behinderte Leute, die auf Plätzen eines Kegelclubs gelandet waren – durch ihre Behinderung bedingt nehme ich an –, und diese Leute wehrten sich gegen das Besetzen ihrer Plätze in dem vollbesetzten Zug. Sehr gewalttätig, auch handgreiflich, hat man eine Gehhilfe gegen eine der Behinderten gedrückt, um ihr deutlich zu machen, daß sie auf diesem Platz lästig ist und das Ganze gipfelte in den Aussagen, man müßte sowas erschießen oder man müßte das Fenster öffnen und sie rauswerfen. Der Hintergrund dieser Geschichte ist: Die drei Behinderten sind Juden. Einer der drei war Insasse des KZ's Bergen-Belsen, der stark alkoholisierte Kegelclub stammt aus dieser Region, und die Aussage aus der Region zu diesen Dingen ist, daß man sagt wir sind jetzt schon die dritte Generation nach dem KZ Bergen-Belsen, wir wollen doch endlich mal unsere Ruhe haben mit diesen Problemen, wir sind sensibilisiert, weil die Behinderten sich immer aggressiv verhalten. Diese Behinderten sind 1944 aus dem Land gegangen, unter knapper Not mit dem Leben davon gekommen, nach 50 Jahren zurückgekommen, um die Judengedenkstätten hier zu sehen, und erleben nach ca. 50 Jahren das gleiche Bild, das sie damals aus dem Land getrieben hat. Ich denke das ist kein Einzelfall. Es mag vielleicht in der Schärfe ein Einzelfall sein, aber ich sehe, daß andere solche Vorfälle auch

aufzutreten, und das sollte ein Thema sein. Wir müssen unserer Jugend sagen, wo das Leben hingeht. Wenn wir uns weiter drücken vor der Verantwortung, ihnen zu zeigen, was wichtig ist in diesem Leben, dann wird es weitergehen in dieser Weise. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank für diese bedrückende Geschichte, aber auch das engagierte Statement. Als nächster hatte sich Herr Hussock von HELP gemeldet.

Peter Alexander Hussock: Meine Damen und Herren, ehe wir weiter über die Opfer reden, möchte ich Ihnen doch mal kurz darlegen, wie trostlos die Lage der Opfer überhaupt ist im vereinten Deutschland. HELP hat über 10.000 Beratungs- und Betreuungsgespräche geführt. Wir wissen also, wovon wir reden. Ich mache es ganz schnell hintereinander in Form eines Fragenkatalogs. Angemessene Haftentschädigung: nein; Vererbbarkeit der Haftentschädigung: nein; materielle Entschädigung für den jahrelangen Verlust des Einkommens in der Haft: nein; Anerkennung von Gesundheitsschäden: kaum; nur 1 DM materielle oder immaterielle Entschädigung für Jahre des Arbeitseinstellungsboykotts ohne Zahlung von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe: nein; wenigstens die jämmerlichen 150 DM Ausgleichsleistung nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz: nein; nur wenn man auf das Niveau eines Sozialhilfeempfängers herabgesunken ist, kann man diese 150 DM bekommen, aber nur für den Fall, daß man nicht mehr vermittelbar ist auf dem Arbeitsmarkt. Bei den von roten Seilschaften durchsetzten Arbeitsämtern ist natürlich jeder vermittelbar, also bekommt so gut wie keiner diese 150 DM. Ein gesetzlich verankertes Recht wenigstens auf eine ABM-Stelle: nein; die Möglichkeit rechtsbeugende Arbeitsgerichtsurteile des SED-Regimes rehabilitieren zu lassen: nein; damit ist der Widerständler, der Oppositionelle, unter die Exkriminellen der DDR gestellt, die im 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz ihre Urteile rehabilitieren und teilweise rehabilitieren lassen dürfen. Die Möglichkeit, auf dem Klageweg solches Unrecht bereinigen zu lassen: im Grunde nein; denn niemand kannte die Vier-Wochen-Notfrist, die zwischen dem 3. Oktober und dem 3. November 1990 herrschte. Es lag der Einigungsvertrag noch nicht mal gedruckt vor. Weder die Rechtsanwälte der alten Bundesländer noch die der neuen kannten diese Vier-Wochen-Frist. Damit hat man Hunderttausende – wenn nicht Millionen – Bürger ausgegrenzt vom Klageweg. Die Möglichkeit auf Schadensersatz gegen die Täter zu klagen: wir betreuen einen Journalisten, der sieben Jahre in Haft war, der jetzt erst 1993 den IM aus den Akten erfahren hat, trotzdem hat das Kammergericht Berlin die Klage abgeschmettert, es ging nur um 10.000 DM. Der Mann hat jetzt schon 14.000 DM Kosten zu zahlen, der muß dem Täter den Hotelaufenthalt, die Reise von Stuttgart bezahlen – das ist der Filmemacher Roschak, der ihm damals und zehn anderen zu insgesamt 100 Jahren Gefängnis verholfen hat – also auch diese Möglichkeit nicht. Der Fall Göllner, das ist nur ein Gefälligkeitsurteil von Juristen, abgerungen von einem Juristen. Anders kann man das Urteil, das ein Jurist in fünf Jahren mühseligen Kampfes erreicht hat, nicht bewerten. Die Genußnahme durch juristische Verurteilung der Täter: nein. Es stehen 52 rechtskräftige Urteile gegen-

über bis jetzt 260.000 Opfern, die teilweise schon rehabilitiert sind oder auf dem Wege der Rehabilitierung sind. Unter diesen 52 rechtskräftigen Urteilen kein Stasi-General, kein VP, kein NVA-General, kein ZK-Mitglied, kein Volkskammermitglied, von den Ministern nur Mielke. Zum Vergleich: Norwegen – auch ein Rechtsstaat – hat in dem selben Zeitraum 48.000 rechtskräftige Urteile gesprochen. Neues Unrecht: ja. Den Opfern wurde im 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz versprochen, ihr im Zusammenhang mit der Inhaftierung abhanden gekommenes Vermögen – Uhren, Gold, Autos, Häuser – wird ihnen zurückgegeben. Sie müssen den Erlösnachweis bringen. Sie müssen heute nach 30 Jahren erforschen, was die Stasi eventuell mit der Uhr oder mit dem Auto gemacht hat. Das können sie natürlich nicht, und da sie den Erlösnachweis nicht bringen, bekommen sie auch nicht nach dem Entschädigungsausgleichsgesetz wenigstens diese magere Entschädigung. Damit sind sie unter den Neffen gestellt, dessen Onkel 1933 Deutschland verlassen hat oder 1953 in die Bundesrepublik ging, der kriegt entweder das Haus zurück oder – wenn das nicht erfolgen kann – wenigstens die Entschädigung nach diesem Entschädigungsausgleichsgesetz. Zu diesem gesetzlich fixierten Unrecht kommt noch das ungesetzliche. Vermögensämter begünstigen durchweg die Mitläufer und Täter bis hin zu Fälschungen.

(Beifall)

Es werden zunehmend Rehabilitierungen abgelehnt. Ein Mann, der den Mut hatte, 1981 in Magdeburg auf die Scheinwahlen hinzuweisen, der also den Wahlzettel zur Versteigerung angeboten hat, dem schreibt der Regierungspräsident von Köln: „Der Oberkreisdirektor hatte Ihnen bereits erläutert, den Bewohnern der vormaligen DDR muß zugemutet werden, sich an das System dieses Staates bis zu einem gewissen Grad anzupassen. Diese Anpassung verlangt die Rechtsprechung, wenn auch in eingeschränktem Maße, ebenfalls auf dem Gebiet der Meinungsbildung und -äußerung, d. h. abweichende Meinungsäußerungen sind dann im Sinne des Gesetzes zu vertreten, soweit sie nicht in unnötiger aufreizender oder leichtsinniger Weise gemacht worden sind. Der Häftling muß also Übertreibungen in diesem Bereich in jedem Falle vertreten. Eine solche Übertreibung der Meinungsäußerung ist stets dann anzunehmen, wenn zwischen Mittel und Ziel des Verhaltens ein offenkundiges Mißverhältnis besteht.“ Der Mann ist nicht rehabilitiert, saß zweimal in Haft. Ein von uns betreuter Fregattenkapitän, der voriges Jahr den Jugoslawien-Einsatz entscheidend vorbereitet hat, hat nicht die Rehabilitierung seines Vaters bekommen, der sieben Jahre in Bautzen war, mit der Begründung: Wir finden kein Urteil und laut Einigungsvertrag sind wir leider gezwungen, im Zweifelsfalle für die SED-Diktatur zu entscheiden, also für die Gesetzgebung des SED-Staates. Die Täter, das Politbüro, dort wird das mildere Gesetz der Bundesrepublik herangezogen. Wo eigentlich Gefängnisstrafe angezeigt wäre, bekommen sie Bewährung, weil man laut Einigungsvertrag das mildere Gesetz anwenden muß. Warum nicht bei der Rehabilitierung bei den Opfern? Die Opfer hatten keine Chance, je eine Rechtsschutzversicherung zu bekommen. Sie sind zu 100 % abgeschmettert von den Rechtsschutzversicherungen immer mit der

Begründung, das lag alles vor der Vereinigung. Die können heute die Rechtsanwaltsgebühren nicht mehr bezahlen. Nicht etwa, weil die Leistungsgebühren so hoch wären, nein, weil die Streitwertgebühren vier-, fünfmal höher sind als die Arbeitsleistungsgebühren. Kein Berufsstand der Welt verdient sein Geld für das, was er nicht tut, nur für irgendeinen Streitwert. Also Sie sehen, die Opfer sind auf der Verliererstrecke. Jetzt möchte ich mal ein Zitat bringen, was ich vorhin gerade gefunden habe: „Lieber wieder satte Nazischweine“, schilderte ein US-Berichterstatte die Volksmeinung des Jahres 1947/48 „als hungernde und frierende Demokraten.“ Ich möchte heute fast sagen, die Regierungsmeinung scheint mir zu sein: „Lieber wieder zufriedene Ex-SED-Bonzen und Ex-SED-Mitläufer als eine Fülle von Zivilklagen vor den deutschen Gerichten und eine Fülle von PDS-Beschwerden über die Bundesrepublik im Ausland.“ Das beziehe ich auf den jetzt geplanten Wegfall der Rentenkappung. Uns steht der Wegfall der Rentenkappung für 75 % der SED-Täter bevor. Da sind ein paar Leute dabei, die in einer Einzelfallprüfung durchaus vielleicht zu den Unschuldigen gehören, aber 75 % sind SED-Täter, d. h. demnächst bekommt der SED-Kreissekretär irgendeines Nestes in Thüringen mehr Rente als die Frau oder der Mann aus der alten Bundesrepublik, die 40 Jahre redlich gearbeitet haben. Das sind bis zu 2.600 DM. Die Rente für die Bundesbürger liegt auch nur bei 2.200 DM. Es gibt auch 7 Mio. Altbundesbürger mit 700 DM Rente. Das heißt, es ist ein Unding; 400 Mio. DM stellt der Staat dafür bereit. Das sind in 10 Jahren 4 Mrd., aber eine einzige Milliarde noch zur Novellierung der zwei Gesetze sind angeblich nicht vorhanden. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank für diesen vehement vorgebrachten Beitrag. Man sieht daran die Schwierigkeit dieses historischen Prozesses, ihn allein juristisch aufarbeiten zu wollen. Aber genau das ist ja die Absicht der Enquete-Kommission, hier auch andere Formen der Aufarbeitung zu versuchen, und so sollten wir auch weiter in unserem Dialog verfahren. Es hatte sich noch Herr Simon gemeldet.

Herr Simon: Ich möchte auf einen Zustand hinweisen, der mir als sehr unbefriedigend erscheint. Er ist schon vielfach durch die Presse gegangen. Es gibt zur Zeit noch ca. 700 freie Rechtsanwälte in der Bundesrepublik, die früher Stasi-Offiziere waren, höhere Stasi-Offiziere vom Oberstleutnant an aufwärts. Darum haben sich verschiedene Institutionen gekümmert; man hat versucht Einzelfallprüfungen anzustellen. Von diesen 700 Anwälten ist bisher etwa zehn – vielleicht ist die Zahl nicht ganz aktuell – die Lizenz entzogen worden aufgrund von Dingen, die sie vor der Wende getan haben, die man ihnen nachweisen konnte. Man hat auch versucht, eine allgemeine Gauck-Überprüfung einzurichten. Dagegen hat sich aber der Anwaltsverband gewandt, weil aus Gründen der Gleichbehandlung dann wohl alle Mitglieder des Anwaltsverbandes hätten überprüft werden müssen. Ausgangspunkt ist, glaube ich – Herr Schäuble möge es mir verzeihen – eine Naivität im Einigungsvertrag. Die Qualifikation für ihren jetzigen Beruf haben sich diese Stasi-Offiziere an der Stasi-Hochschule in Potsdam erworben. Der Knackpunkt ist, daß im Zuge des Einigungsvertrages dieses Jura-Diplom anerkannt wurde. Danke schön.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank Herr Simon. Als nächste Wortmeldung liegt die von Wolfgang Kusior vor. Bitte schön.

Wolfgang Kusior: Ich möchte nochmal auf das, was heute vormittag vor allen Dingen zur Sprache gekommen ist, zurückgekommen. Es ist sehr viel über die Frage diskutiert worden, was sind eigentlich die Kosten, die entstehen durch die Verbände, durch die Aufarbeitungsinitiativen? Ich würde diese Frage ganz gerne einmal umdrehen, weil aus meiner Sicht viel zu wenig in dieser Debatte die Frage gestellt wurde: Was ist eigentlich der Nutzen, den diese Aufarbeitungsinitiativen und diese Verbände für uns bringen? Wir stehen hier in den neuen Ländern vor einem ganz großen Problem – auch heute noch. Wir sind in einem Prozeß der Demokratisierung einer an sich undemokratisch strukturierten Gesellschaft – ich behaupte, auch heute noch undemokratisch strukturiert an vielen Punkten. Wir haben auf der einen Seite das große Bemühen, sowohl von Verbänden und Parteien als auch von Institutionen, diese Gesellschaft demokratisch zu strukturieren, und haben auf der anderen Seite relativ starke Widerstände aus den Reihen der Gesellschaft. Genau an diesem Punkt spielen diese Verbände und Aufarbeitungsinitiativen eine ganz wichtige Rolle. Indem sie nämlich selbst einerseits durch eine sehr lange Tradition von Demokratie, die über 1989 hinausreicht, geprägt sind, und sie auf der anderen Seite eine sehr aktive Arbeit direkt an den Punkten in der Gesellschaft, wo diese dringend einer Demokratisierung bedarf, leisten. Durch diese Arbeit leisten sie einen ganz wesentlichen Beitrag im Demokratisierungsprozeß, der sich ganz schlecht aufrechnen läßt in finanziellen Dimensionen. Für die finanziellen Dimensionen möchte ich auf eine andere Sache hinweisen. Wir haben auf der einen Seite beträchtliche Mittel freigesetzt, die die Aufarbeitung der informellen Sammelwut in der DDR finanzieren. Es sind beträchtliche Mittel freigesetzt worden, diesen materiellen Überanspruch der ehemaligen DDR aufzuarbeiten, über die Treuhandanstalt und die entsprechenden Folgeverträge. Und in diesem Zusammenhang halte ich es für absolut notwendig, daß auch Mittel aufgebracht werden, und natürlich gibt es die Möglichkeit, das aus dem Parteienvermögen der DDR zu machen, die den entsprechenden Beitrag leisten auf der ganz persönlichen Ebene, wo es darum geht, Opfer zu betreuen, wo es darum geht, ganz konkret die Geschichten aufzuarbeiten. Aufarbeitung heißt ja nicht nur die Aufarbeitung von gesellschaftlichen Strukturen, sondern heißt auch zunehmend die Aufarbeitung von Biographien, um nämlich genau diesen konterkariierenden Aufarbeitungsansatz, der passiert, indem die DDR-Identität gepflegt wird in einer Art und Weise, die die undemokratischen Restbestände weiter befestigt, indem da über Zeitzeugen deutlich gemacht wird, daß es auch noch andere DDR-Identität gegeben hat, zu verhindern. Und das halte ich unbedingt für finanzierungsbedürftig.

(Beifall)

Zum anderen möchte ich auf etwas hinweisen, was Herr Passauer schon angesprochen hat. Ich glaube, daß wir uns hier in einem Prozeß von Institutionalisierung befinden. Diese Verbände und Aufarbeitungsinitiativen haben 1989

und 1990 zu einem Zeitpunkt, an dem es an Institutionen einfach gemangelt hat in der ehemaligen DDR, Aufgaben erfüllt, die für einen normalen Rechtsstaat in Mitteleuropa staatliche Aufgaben sind. Ob das im Feld der historischen Forschung ist, was in den Universitäten normalerweise angelegt ist, oder auch, ob das im Feld der politischen Bildung ist. Da ist einfach mal zu einem Zeitpunkt dringend notwendige Arbeit gemacht worden, als es noch keine Institutionen gegeben hat. Wir sind jetzt an einem Punkt, wo ein natürlicher Prozeß der Professionalisierung auf der einen Seite – das haben wir bei diesen Aufarbeitungsinitiativen deutlich gesehen – stattfindet und wo zum anderen natürlich auch ein Prozeß der Konzentrierung der Aufgaben stattfindet. Und aus diesem Grunde halte ich es für dringend notwendig, daß dieser Prozeß der Institutionalisierung entsprechend finanziell gefördert wird. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Recht vielen Dank. Mir liegt im Augenblick nur noch eine Wortmeldung vor. Wenn es noch weitere gibt, dann sollten sie jetzt geschehen. Ich rufe jetzt Harald Wernowsky vom Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt auf.

Harald Wernowsky: Ich will jetzt versuchen, den Jugendlichen in der Bildungsarbeit nahezubringen, daß es eben einfacher ist und lohnenswerter, eine Demokratie zu erhalten als eine Diktatur zu beseitigen. Denn wir haben diese Erfahrung einmal gemacht. Nun sehen wir, daß die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland auseinandergeht, und wir müssen uns davor hüten, daß die Demokratie zum Deckmantel für die Privilegien der Kapitaleigner wird, denn sonst sind wir nicht mehr glaubwürdig.

Zu dem Punkt MfS und Verfassungsschutz. Ich will aus eigener Erfahrung dazu sagen, und man kann immer nur über die eigene Erfahrung sprechen, ich hatte vor dem MfS damals keine Angst; seitdem ich die Akten kenne, hätte ich sie eigentlich haben müssen. Ich habe aber auch keine Angst vor dem Verfassungsschutz. Das ist vielleicht auch eine ganz persönliche Erfahrung, aber als man uns 1990 gesagt hat, ihr seid in das Beobachtungsfeld des Verfassungsschutzes geraten, da haben wir gesagt: „Was soll's?“ Die Überwindung der Folgen der SED-Diktatur, darum möchte ich vielleicht noch bitten, daß das mit bedacht wird, kann ja nicht mit dem 3. Oktober 1990 zu Ende gewesen sein. Denn mit den Folgen haben wir ja heute immer noch zu kämpfen. Ich will nur sagen, daß es ja weiter gewirkt hat, z. B. aus Magdeburg fuhr der stellvertretende Abteilungsleiter Inneres beim Rat des Bezirkes, Herr Renger, 1990 im Frühjahr nach Frankfurt und traf dort durch Zufall auf einen Herrn Matschke, Leiter eines Sicherheitsbüros, und der kam dann nach Magdeburg – Herr Matschke war übrigens Informant des niedersächsischen Verfassungsschutzes und der Frankfurter Polizei – und wurde dort zum ersten Beamten des Landes bestellt. Er bekam einen Zugang zum Gauck-Archiv und hat dann dort gewirkt. Ich hatte das heute vormittag schon einmal angesprochen, das Ganze führte dann zu einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, dessen Akten dem Magdeburger Landtag ja vorliegen, und letztendlich schon im Vorfeld zum

Rückzug des Herrn Matschke. Das sind die Geschichten, die eben weitergewirkt haben.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank. Mittlerweile ist eine weitere Wortmeldung hier vorn eingegangen. Frau Drews, wenn ich das richtig lese.

Frau Drews: Mir ist eingefallen, sollte es finanzielle Schwierigkeiten geben bei der Entschädigung der Opfer, könnte man doch, wenn ein Tribunal in Gang kommt, die Täter nicht zu Bewährungsstrafen, sondern zu Geldstrafen verurteilen, die dann der Aufarbeitung dieser Arbeit zugute kommen könnten.

(Beifall)

Das, denke ich, ist realisierbar. Wir bekommen auch ständig Geldstrafen aufgebremst, weil wir uns für die Einhaltung unseres Grundgesetzes einsetzen, da wo im Augenblick das Grundgesetz tatsächlich durchbrochen wird. Ich möchte an den Artikel 16 a, die Asylpolitik, die jetzt läuft, erinnern. Und in diesem Zusammenhang stehen wir selbstverständlich wieder im Blickfeld des Verfassungsschutzes, und ich empfinde das nicht weniger gefährlich als zu DDR-Zeiten.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Zu diesem Thema hat sich auch noch Stefan Köhler gemeldet. Bitte schön.

Stefan Köhler: Ich hatte eigentlich nicht vor, das Wort hier zu ergreifen. Aber die Diskussion um Verfassungsschutz und MfS läßt mich eigentlich innerlich lächeln. Wer also MfS-Haft am eigenen Leibe gespürt hat und jahrzehntelange Repressalien danach, der weiß recht gut zu unterscheiden zwischen Verfassungsschutz und MfS. Und den Kollegen von der grünen Seite, die ich durchaus achte wegen ihres politischen Engagements für unsere Natur, für die Umwelt und ähnliches, möchte ich auf den Weg geben, wer diese Haftanstalten der Staatssicherheit von innen nicht kennengelernt hat, wer Bautzen, Cottbus und andere Einrichtungen nicht kennt, sollte den Verfassungsschutz – und überhaupt alle Rechtsorgane der Bundesrepublik – mit dem MfS überhaupt nicht in Vergleich bringen. Ich sage Ihnen aber mal einen ganz primitiven einfachen Satz, den ich schon in der Wende zum Vergleich gebracht habe: Der Unterschied zwischen Demokratie und DDR, zwischen Verfassungsschutz, Staatsschutz oder BND und dem MfS oder dem KGB ist der, daß Sie beim Verfassungsschutz beobachtet werden und daß man dann entscheidet, ob Sie sich verfassungskonform verhalten haben, und daß Sie beim MfS ohne Vorwarnung inhaftiert wurden und wenn Sie Pech hatten, nie wieder lebend rausgekommen sind.

(Beifall)